Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition: Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh ½9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 641. Freitag den 16. December 1892. **86. Jahrgang**

Amtliche Bekanntmachungen.

Weihnachts-Päckereiverkehr.

Während der Zeit vom 18. bis einschließlich 24. December tritt die Schlußzeit für die Einlieferung von Werth- und Packetsendungen bei sämmtlichen Postanstalten in Leipzig eine Stunde früher als gewöhnlich ein.

Es wird ersucht, hierauf bei Einlieferung der Sendungen zur Post während der vorbezeichneten Tage Rücksicht zu nehmen.

Leipzig, 11. December 1892.

Der Kaiserliche Ober-Postdirector.
Walter.

Bekanntmachung.

Nach §. 4 des nachstehend abgedruckten Regulativs der Friedensstiftung sind die Unterstützungen aus dieser Stiftung am Tage des Friedensschlusses, sonach am 2. März zu vertheilen und fordern wir Diejenigen, welche um solche Unterstützungen nachsuchen wollen, hierdurch auf, ihre Gesuche bis zum 31. Januar 1893 mit den nöthigen Bescheinigungen bei uns einzureichen.

Spätere Anmeldungen würden für diesmal unberücksichtigt bleiben müssen.

Im Uebrigen verweisen wir auf unsere nachstehend wieder abgedruckte Bekanntmachung vom 21. Juni 1875.

Leipzig, am 5. December 1892.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lamprecht.

Bekanntmachung.

Nachdem wir die Bestimmungen des Regulativs für die Friedensstiftung der Stadt Leipzig in einigen Puncten unter Zustimmung der Stadtverordneten abgeändert haben, bringen wir das abgeänderte Regulativ nachstehend zur allgemeinen Kenntniß:

§. 1. Der Zinsfuß des Stiftungscapitals an 60 000 ℳ wird auf 5 Procent jährlich festgesetzt. Die Zinsen laufen vom 1. Januar 1871 an.

§. 2. Die Zinsen werden verwendet zur Unterstützung solcher in Leipzig wohnhafter Invaliden und Angehörigen von Gefallenen oder verstorbenen Invaliden aus dem Kriege 1870/71, die einer Hilfe dringend bedürfen.

§. 3. Ueber die Gewährung der Unterstützung beschließt eine aus je 3 Mitgliedern des Raths und der Stadtverordneten zu bildende Deputation.

§. 4. Die Vertheilung der Unterstützungen findet regelmäßig alljährlich am Tage des Friedensschlusses statt; ausnahmsweise können Unterstützungen auch außer dieser Zeit nach Ermessen der Deputation gewährt werden.

§. 5. Ueber Einnahmen und Ausgaben wird der Rath alljährlich Rechnung ablegen.

§. 6. Abänderungen dieses Regulativs bleiben dem übereinstimmenden Beschlusse des Raths und der Stadtverordneten vorbehalten.

Leipzig, am 21. Juni 1875.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. G. Wechler.

Die bei dem hiesigen **Leihhause** in den Monaten **Januar, Februar** und **März 1892 versetzten oder erneuerten, aber nicht wieder eingelösten Pfänder,** sollen
vom 1. Februar 1893
ab im Erbgeschosse des Leihhauses **öffentlich versteigert werden.**

Das Einlösen und Versetzen anderer Pfänder findet während der Auction von früh 8 bis Nachmittag 2 Uhr in den gewöhnlichen Räumen statt.

Leipzig, den 14. December 1892.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Die erste Berathung der Militairvorlage.

Ω Die Reichstagsabgeordneten gehen nach inhaltsreichen Verhandlungen in die Weihnachtsferien. Daß der Antisemitismus darin eine Hauptrolle spielte, trug nach unserem Geschmacke nicht zu ihrer Verschönerung bei, steht aber im Einklang mit dem Zustand des öffentlichen Lebens. Im Magyarischen wird der Reichstagsabgeordnete mit einem Worte bezeichnet, welches dem deutschen Ausdruck „Abbild" genau entspricht. Es ist correct, es ist sogar nothwendig, daß die Volksvertretung ein Abbild alles Dessen bietet, was das delegirende Volk bewegt. Das Unerfreuliche und selbst Häßliche, wenn es ist, gehört ebenso vor's Parlament, wie das Erhebende und Erfreuliche. Wäre es nur Selbstbetrug, wenn man sich vorreden wollte, daß Ahlwardt, der conservative Parteitag und der edle Herr Saling der großen nationalen Angelegenheit der Militairvorlage in der öffentlichen Aufmerksamkeit nicht das Terrain streitig gemacht hätten, so darf man doch heute feststellen, daß die vielumstrittene, aber unbeschmutzte Sache schließlich zu ihrem Recht gekommen ist.

Es ist dies ausschließlich das Verdienst des Herrn von Bennigsen, der ebenso mit der Gewalt seiner lauteren und imponirenden Persönlichkeit, wie mit der Macht seiner Rede die Geister und Gemüther von dem Kleinlichen hinweg zu einer höheren und reineren Auffassung der staatlichen Dinge gezwungen hat. Hierin liegt vor Allem die von Keinem geleugnete Bedeutung der Rede des großen Patrioten. Sie hob Hörer und Leser aus der dumpfen Stickluft bäßlicher Vorgänge, an denen auch die Antisemiten keine Freude haben können, in die reine Atmosphäre höherer Betrachtung und gemeinsamen patriotischen Empfindens. Das werden dem patriotischen Manne auch Diejenigen danken, die ihn in der Sache, um die es sich handelt, noch zurückhaltender gewünscht hätten, als er sich gezeigt hat. Es ist nicht Schuld dieser, nicht die Schuld des großen Patrioten, wenn sie ihm nicht ganz zu folgen vermögen. Das Bleigewicht der Zeit, angehängt gerade von Denen, die jetzt einen hohen patriotischen Flug und große Opferwilligkeit fordern, fesselt die Nation mit einer Gewalt, die ein Bennigsen wie kein Anderer schildern und beklagen konnte, die aber, so lange in der Leitung des Staates kein Wandel, kein Aufschwung sich vollzieht, auch ein Bennigsen nicht völlig zu lösen vermag. Ihm steht es klar vor Augen, daß der ganze große schmerzensreiche und glorreiche innere deutsche Entwickelungskampf ein Kampf um die Heereseinrichtungen gewesen ist. Der Nation aber schwebt die Frage auf den Lippen: wem haben wir früher gegeben, von wem haben wir uns halb widerwillig, halb freudig gewinnen lassen und wem sollen wir heute unser Opfer anvertrauen? Bennigsen sagt: „Heute, wie sonst, dem Vaterlande", aber das Volk, vielleicht irrend, vielleicht auch heilsehend, erblickt die Leitung der vaterländischen Geschicke in Händen, die nicht stark und sicher genug sind, das Ueberkommene zu verwalten, geschweige denn Neues fruchtbringend zu gestalten.

Bestärkt wird dieser Glaube durch die dürftige und kleinliche Art, in welcher der erste Beamte des Reiches gerade die großen Darlegungen Bennigsen's erwiderte. Wenn man den Wortlaut der Rede liest, mit der Graf Caprivi die staatsmännischen Ausführungen des nationalliberalen Führers beantwortete, so begreift man die aus Abgeordnetenkreisen kommende Klage, man habe diese Beantwortung wie einen Guß von eiskaltem Wasser nach einer im Innersten erwärmenden Wanderung durch eine sonnige Landschaft empfunden. Der Contrast wirkt geradezu peinlich, und am peinlichsten deshalb, weil der Reichskanzler gar nicht einmal den Versuch unternahm, die schweren Fehler zu entschuldigen oder zu erklären, die der Oberpräsident von Hannover dem Urheber der Vorlage bei dem sinnverwirrenden und im höchsten Grade verstimmenden Bekanntwerdenlassen dürftiger und zusammenhangsloser Bruchstücke des Entwurfs vor Augen hielt, — nicht den geringsten Versuch, die durch den Vorredner trotz seiner Rügen hervorgebrachte patriotische Erhebung auszunutzen und den Beweis zu liefern, daß der Leiter der deutschen Politik, auch weil er selbst eine solche Stimmung nicht erzeugen, doch wenigstens Vortheil aus ihr zu ziehen vermag. Anfänglich möchte man beim Lesen seiner Rede glauben, Graf Caprivi wolle Herrn von Bennigsen nicht verstehen, aber mehr und mehr wird man zu der Ueberzeugung gedrängt, daß er ihm nicht folgen konnte. Er glaubte thatsächlich den schwerwiegenden Bedenken gegen die ganze Vorlage mit einer nüchternen Auseinandersetzung begegnen zu können, für die sonst ein Officier des Kriegsministeriums herangezogen wird und die auch — vielleicht noch knapper und deshalb besser — ein junger Hauptmann aus dem Generalstabe zu geben im Stande gewesen wäre.

Nichts weiter als der Ausfluß von Mangel an Verständniß für die Schwierigkeit der inneren Lage — sämmtliche Factoren in Betracht gezogen — war es, wenn der Kanzler die Aufforderung Bennigsen's zu einem Compromiß gänzlich unbeachtet lassen zu dürfen glaubte. Selbst Herr v. Bennigsen, der so eindringliche Worte gegen den allgemeinen Pessimismus fand, wird es der Nation nicht verargen, wenn sie nach der Antwort des Reichskanzlers auf die Rede des hannoverschen Oberpräsidenten noch ärmer an Vertrauen und muthloser geworden ist, durch freudig gebrachte Opfer in diesem Manne die Vorstellung zu erwecken, er habe das Land hinter sich. Die leitenden Personen und ihre „großen und kleinen Fehler" sind es, gegen die sich der Unmuth richtet, von dem Graf Preysing gesprochen hat, nicht so sehr die dem Volke zugemutheten Opfer, deren Umfang Herr v. Bennigsen umschrieben hat. Und kommt es trotz dieser großen und kleinen Fehler, die in der Generaldebatte noch vermehrt worden sind, zu einer Verständigung mit oder ohne Concessionen an eine einzelne Partei, so wird doch die Frage offen bleiben: sind auch diese neuen Opfer in die rechte Hand gegeben, die es verstehen wird, uns die verlorene Festigkeit im Innern wiederzugeben, unsere Bündnisse zu erhalten und uns so vor Dem zu bewahren, was die einschneidende und kostspielige militairische Reform verhüten helfen soll?

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin,** 14. December. In den Weihnachtsfeiertagen soll in Berlin ein allgemeiner deutscher (socialdemokratischer) Arbeiter-Sängerbund gegründet werden. Bekanntlich haben sich die ungefähr 100 socialdemokratischen Gesangvereine zu Provinzial-Arbeitersängerbunden zusammengeschlossen, nur Süddeutschland war in dieser Beziehung noch zurückgeblieben; dieser Tage aber ist in Nürnberg, wo Delegirte aus den verschiedensten süddeutschen Städten versammelt waren, ein allgemeiner bayerischer Arbeiter-Sängerbund ins Leben gerufen worden. Für diese verschiedenen Sängerbunde soll nun in den Weihnachtsfeiertagen in Berlin eine Centrale geschaffen werden; vorläufig dürften wohl 20 Arbeiter-Gesangvereinigungen mit rund 15 000 Mitgliedern ihren Beitritt zu dem allgemeinen deutschen Arbeiter-Sängerbund vollziehen. Das Wort „socialdemokratisch" kommt in den Einladungsschreiben resp. Circularen nicht vor, und doch hat man es hier mit den Kerntruppen der Socialdemokratie zu thun. Es giebt keine socialdemokratische Feier, bei der diese Arbeitergesangvereine nicht in Action träten und die Auerswald'sche Marseillaise zum Vortrag brächten. Der allgemeine deutsche Arbeiter-Sängerbund wird ein neuer und, wie wir glauben, sehr kräftiger Stützpunct der socialdemokratischen Agitation werden.

⁂ **Berlin,** 15. December. (Telegramm.) Aus Paris wird der „National-Zeitung" berichtet: Der „Figaro" veröffentlicht die Abschrift eines im Besitz des Hauptmanns Driant, Schwiegersohnes Boulanger's, befindlichen Briefes an den damaligen Kriegsminister Boulanger, worin Ludwig Löwe & Co. in Berlin schreiben, sie hätten erfahren, daß der Minister einen Officier nach Amerika geschickt habe, um Einrichtungen für die Massenfabrikation neuer Gewehre zu kaufen. Die Fabrik Löwe beschäftige sich seit längerer Zeit mit der Herstellung von Maschinen für die Massenfabrikation von Gewehren, welche vollkommener als die amerikanischen seien. Der „Figaro" fügt hinzu, das Original dieses Briefes stehe zur Verfügung des Advocaten Ahlwardt's. Hierzu schreibt die „National-Zeitung": „Die Tendenz dieser Veröffentlichung ergiebt sich aus den Schlußworten des „Figaro". Wir haben das Telegramm der Firma Löwe vorgelegt, welche folgende Erklärung abgiebt: „Der im „Figaro" veröffentlichte Brief ist echt. Er datirt vom 29. November 1886, während die Fabrikation von Gewehren für die deutsche Regierung im Jahre 1889 begann. Der Brief hat also mit der Gewehrfabrikation überhaupt nichts zu thun. Die Löwe'sche Fabrik beschäftigte sich 1886 lediglich mit Maschinen-Fabrikation." Soweit die Löwe'sche Erklärung. — Es ist darnach allerdings unzweifelhaft, daß der veröffentlichte Brief die vor Gericht zurückgewiesenen Beschuldigungen nicht betrifft, daß dieselben so grundlos bleiben, wie sie das Urtheil kennzeichnet. Wir müssen aber sagen, daß wir ein im Jahre 1886 nach Paris gerichtetes Anerbieten von Maschinen zur Waffenfabrikation sehr ungehörig finden. Es war die Zeit des parlamentarischen Kampfes um die Septennatsvorlage. Die deutsche Regierung war damals der Meinung, daß Boulanger den Krieg gegen Deutschland beabsichtige. Wenn auch die Leitung der Löwe'schen Fabrik in Uebereinstimmung mit der Opposition gegen die Septennatsvorlage diese Ansicht der deutschen Regierung nicht theilte, hätte sie besser gethan, ein derartiges Anerbieten an den damaligen französischen Kriegsminister zu unterlassen." Wir stimmen dem Berliner Blatte vollkommen zu.

⁂ **Berlin,** 15. December. (Telegramm.) Der „Post" zufolge will man wissen, daß die kaiserliche Frühstückstafel vom letzten Sonntag mit der Reichstagssitzung vom Montag in einem gewissen Zusammenhange stehe, insofern als hier Abmachungen des Staatsoberhauptes betreffs der Aeußerungen Caprivi's über den Ahlwardtproceß getroffen wurden, welche somit auf den Willen des Kaisers zurückzuführen seien. — Demselben Blatte wird geschrieben: Zu denjenigen Puncten der Militairvorlage, hinsichtlich deren die Möglichkeit einer Verständigung in erster Linie zu erstreben sein dürfte, gehören nach Ansicht vieler Kreise die Ersatzescadronen und bis zu gewissem Grade die vierten Bataillone.

Y **Berlin,** 15. December. (Telegramm.) Der Kaiser ist heute Nachmittag 4 Uhr nach Letzlingen abgereist. — Bei der heutigen Wahl des zweiten Bürgermeisters wurde Rechtsanwalt Kirschner-Breslau mit 90 von 117 abgegebenen giltigen Stimmen gewählt. 25 Stimmen erhielt Stadtrath Meubrink, 2 Syndikus Ebertz.

— Die Ausführung des neuen Entwurfs von Begas für das National-Denkmal Kaiser Wilhelm's I. soll nach der „Frankf. Ztg." sechszehn Millionen Mark kosten.

— Das „Deutsche Adelsblatt" faßt am Schluß des Berichtes sein Urtheil über den conservativen Parteitag folgendermaßen zusammen: „Die in allen ihren Theilen in erhebender Einmüthigkeit und unter dem Zeichen fester Entschlossenheit verlaufene Versammlung schloß der Vorsitzende, Frhr. v. Manteuffel, mit einem dreimaligen Hoch auf Se. Majestät den Kaiser und König Wilhelm II. um 3¼ Uhr Nachmittags. Wir bemerkten eine sehr große Anzahl von Mitgliedern der Deutschen Adelsgenossenschaft, darunter auch den Vorsitzenden, Herrn Grafen v. d. Schulenburg-Beetzendorf. Der Eindruck, den die Versammlung auf alle Theilnehmer hinterlassen, wird ein bleibender sein. Mögen die Folgen des Parteitages vom 8. December und der Programmerneuerung sich nun auch in neuem zielbewußten und kräftigen Handeln und jener Einmüthigkeit des Denkens und Thuns kundgeben, die allein stark macht. Wir freuen uns aufrichtig, daß unsere Befürchtungen sich nicht erfüllt, daß vielmehr alle Anzeichen dafür vorhanden sind, daß unsere ersten leisen Hoffnungen zur That werden."

— Nach fünfmaliger Vertagung wurde gestern die Anklagesache gegen die Frau Apotheker Ihrer aus Celle vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I zu Ende geführt. Es handelte sich um Beleidigung des Officiercorps und der Fähnriche der deutschen Armee. In einer socialdemokratischen Versammlung im September v. J. erstattete die Angeklagte Bericht über den Socialistencongreß in Brüssel und knüpfte daran Bemerkungen abfälliger Art über den Militarismus. Nach den Bekundungen des Polizeiinspectors und des Wachtmeisters, welche jene Versammlung überwachten, hat sie in ihrem Vortrage gesagt, daß die Officiere und Fähnriche bei einem Kriege die größte Angst hätten, sie blieben hinter den Kanonen und schickten die Soldaten vor. In dieser Aeußerung erblickte die Anklagebehörde den Vorwurf der Feigheit. In den früheren Terminen machte der Vertheidiger, R.-A. Dr. Meerts, den Einwand, daß der seitens des Kriegsministers gestellte Strafantrag verjährt sei, da derselbe erst aus dem April dies Js. datire. Der Vertheidiger setzte voraus, daß dem Kriegsminister bald nach dem Vortrage der Frau Ihrer von dem Inhalte desselben seitens des Polizeipräsidiums Kenntniß gegeben sei. Er beantragte, hierüber den Kriegsminister zu vernehmen. Der Gerichtshof beschloß, den Kriegsminister in dessen Wohnung gerichtlich darüber vernehmen zu lassen. Diese Vernehmung ist am Morgen des 10. d. M. erfolgt. Der Staatsanwalt beantragte im gestrigen Termine, die Auslage des Kriegsministers zu verlesen. Der Vertheidiger widersprach diesem Antrage, weil ein Formfehler vorliege. Die Benachrichtigung von der Vernehmung des Kriegsministers sei der Vertheidigung erst zugegangen, nachdem die Vernehmung bereits erfolgt war, die Vertheidigung sei somit ihres Rechts, derselben beizuwohnen, verlustig gegangen. Der Vorsitzende, Landgerichtsrath Tietze, wies darauf hin, daß der Kriegsminister doch nicht gezwungen werden könne, persönlich zu erscheinen, worauf der Vertheidiger erwiderte, daß er dann anheimstelle, den Termin so lange zu vertagen, bis der Kriegsminister nicht mehr im Amte sei, welches Ereigniß ja doch über kurz oder lang eintreten könne. Als der Gerichtshof über diesen Punct berathen hatte, verkündete der Vorsitzende zunächst, daß in der letzten Aeußerung des Vertheidigers in Betreff des Kriegsministers eine Ungebühr gefunden worden sei, wegen der der Vertheidiger mit einer Geldstrafe von 50 ℳ belegt worden sei. Auch habe der Gerichtshof beschlossen, der Ober-Staatsanwaltschaft von der Aeußerung des Vertheidigers Anzeige zu machen. Ferner sei beschlossen worden, die commissarische Auslage des Kriegsministers zu verlesen. Der Antrag des Vertheidigers, ihm wegen der ihm auferlegten Strafe wegen Ungebühr das Wort zu gestatten, wurde abgelehnt. Aus der Verlesung des Schriftstücks ging hervor, daß der Kriegsminister erst am 14. April d. J. durch Schreiben des Justizministers Kenntniß von den beanstandeten Behauptungen der Angeklagten erhalten hatte. Der Staatsanwalt hielt den Vorwurf der Feigheit, den die Angeklagte dem deutschen Officier und Fähnrich in ihrem Vortrage gemacht habe, für so schwer beleidigend, daß er nur eine Gefängnißstrafe für eine ausreichende Sühne hielt und eine solche von sechs Wochen beantragte. Der Vertheidiger plaidirte für Freisprechung, da keineswegs erwiesen sei, daß die beanstandeten Aeußerungen der Angeklagten auf die deutsche Armee gemünzt waren. Sie habe vielmehr im Allgemeinen gesprochen. Der Gerichtshof trat den Ausführungen des Staatsanwalts bei und erkannte auf eine Geldstrafe von 200 ℳ

— Der Abgeordnetentag des deutschen Kriegerbundes, welcher bisher immer an den beiden Pfingsttagen abgehalten wurde, ist auf Vorschlag und im Einverständniß mit dem elsaß-lothringischen Krieger-Landesverbande vom Bundesvorstand für den 3. bis 6. August in Straßburg i. E. festgesetzt worden.

* **Stolp i. Pommern,** 15. December. Bei der heutigen Landtags-Ersatzwahl im Wahlkreise Stolp-Bütow-Lauenburg (1. Reg.-Bez. Köslin) wurde der Candidat der Conservativen, Landwirth Schultz-Herst, mit 392 Stimmen gewählt.

* **Danzig,** 15. December. Der hiesige General-Superintendent D. Taube ist heute plötzlich am Gehirnschlag gestorben.

⁂ **Halle a. S.,** 15. December. Eine Deputation der hiesigen Arbeitslosen war beim Magistrat um eine Unterredung eingekommen, um die wirthschaftliche Lage der Arbeitslosen vorzulegen und um Beschäftigung zu ersuchen. Die Unterredung fand dieser Tage zwischen den beiden Bürgermeistern und drei Abgesandten der Arbeitslosen statt. Die letzteren schilderten die Nothlage der Beschäftigungslosen. Die Bürgermeister gaben die herrschende Nothlage zu, bemerkten jedoch, daß die städtischen Behörden alles das zur Linderung derselben gethan, was zu thun angängig war. Es seien bereits 45 000 ℳ bewilligt und außerdem sollen umfangreiche Wegebauten vorgenommen werden, sobald die Witterung dies zuläßt. So lange dieser Fall nicht eintritt, müsse die Armenunterstützung in Anspruch genommen werden, die so wie so schon zu vermehrten Leistungen herangezogen wird. Die Deputirten erklärten sich gegen eine Armenunterstützung; die Arbeiter wollten keine solche, sondern Verdienst durch Arbeit. Sie verlangten ferner, daß die in die Verpflegungsstation Aufgenommenen keine Gegenleistung in Form von Arbeit zu verrichten haben sollten und daß die Stadt die Bauten in eigene Regie nehme. Die Deputation bezeichnete das bisher von der Stadt zur Linderung der Nothlage Aufgewandte als unzureichend.

S. **Gretz,** 15. December. Der Landtag ist zu einer außerordentlichen Sitzung für nächsten Freitag einberufen worden.

* **Breslau,** 15. December. (Telegramm.) Vor der I. Strafkammer wurde heute die Beleidigungsklage des Landgerichtsdirectors Schmidt gegen den Socialdemokraten und Redacteur der „Volkswacht", Thiel, verhandelt. Die Klage ist hervorgerufen durch Aeußerungen, welche Thiel am 12. September in einer Volksversammlung über eine Auslassung des Landgerichtsdirectors Schmidt (es handelte sich um den Eid der Socialdemokraten) gemacht hat. Thiel, der gegenwärtig wegen Majestätsbeleidigung eine mehrmonatige Gefängnißstrafe verbüßt, wurde wiederum zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

* **Aus dem Saarkohlenrevier,** 14. December. Unerwartet und in Anbetracht der schlechten Absatzverhältnisse schwer begreiflich ist der Beschluß, den eine mehrere Tausend Köpfe starke Versammlung von Bergleuten gefaßt hat. Nicodemus Warken, der wiedergewählte Vorsitzende des Rechtsschutzvereins, begrüßte die 6000 nach seiner Schätzung erschienenen Bergleute und rieth dringend von einem Streik ab. Die Versammlung beschloß trotzdem zu streiken und nahm folgende an den Handelsminister Berlepsch zu richtende Petition an:

„Die Bergleute des Saarreviers beschweren sich über die neue vom 1. Januar 1893 ins Leben tretende Arbeitsordnung für die königlichen Gruben des Saarreviers und wünschen, daß dieselbe nicht erscheinen möge, ohne daß ihre verschiedentlichen abweichenden Wünsche darin berücksichtigt worden sind. Sollte diesen Wünschen nicht stattgegeben werden, so kündigen sämmtliche Saarbergleute am 1. Januar die Arbeit, zu welchem Zweck ein aus 5 Personen bestehendes Streikcomité gewählt worden ist."

Die gewünschten Aenderungen beziehen sich namentlich darauf, daß der Achtstundentag einschließlich Ein- und Ausfahrt in den Schacht bewilligt wird, während in der Arbeitsordnung achtstündige Arbeit unter Tage vorgesehen ist.

* **München,** 15. December. Das Plenum des bayerischen obersten Schulrathes ist auf den 2. Januar k. J. einberufen. Die Tagesordnung wird folgendermaßen lauten: 1) Besprechung einiger Bestimmungen der Schulordnung für die humanistischen Gymnasien vom 23. Juli 1891 und Erlaß einer allgemeinen Instruction zu dieser Schulordnung. 2) Revision der Prüfungsordnungen für das höhere Lehramt. 3) Regelung der pädagogisch-didaktischen Vorbildung der Candidaten für das höhere Lehramt. 4) Besprechung über Einrichtung regelmäßiger Ferienscurse für Archäologie, Geographie und naturkundliche Fächer. 5) Revision der an den Mittelschulen, insbesondere an den humanistischen Gymnasien zugelassenen Lehrmittel. 6) Grundzüge der Revision der Schulordnung für die Realschulen. 7) Besprechung über die Revision der organischen Bestimmungen für die Industrieschulen.

* **Aus Elsaß-Lothringen,** 14. December. Bekanntlich fehlt es unserer Gesetzgebung an der im übrigen Deutschland selbstverständlichen Einheitlichkeit. Man hat hier eine große Zahl neuer deutscher Gesetze eingeführt und dabei einen ganzen Wust französischer Gesetze in Kraft gelassen, die inzwischen in Frankreich selbst als unzeitgemäß beseitigt oder umgeändert worden sind. Beispielsweise gilt hier noch das französische Preßrecht, das aus nicht weniger als 27 Einzelgesetzen besteht, von denen das Aelteste aus dem Jahre 1735, das jüngste aus dem Jahre 1868 stammt. In einheimischen wie eingewanderten Kreisen ist man einig darüber, daß eine Beseitigung dieses Zustandes dringend nothwendig ist. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn man auf gesetzgeberischem Gebiete anfangs der siebenziger Jahre statt halber ganze Arbeit gethan hätte. Jedenfalls wäre der Verdeutschungsproceß heute weiter vorgeschritten, wenn damals die „Schonung der Gefühle" nicht zu weit getrieben worden wäre. Wie schwer es heute hält, unter Mitwirkung der gegenwärtigen Landesvertretung die altgewohnten französischen Gesetze zu beseitigen, hat sich bekanntlich bei der im Vorjahre versuchten Verwaltungsreform gezeigt. — Die Landes-Universität Straßburg zählt im laufenden Wintersemester 969 eingeschriebene Studenten und 52 Hospitanten, zusammen also 1021 Hörer. Von den Studenten entfallen auf Elsaß-Lothringen 419, gegen 374 im vorigen Sommer. Auffallend ist, daß 327 Studenten auf Unterelsaß, auf Oberelsaß dagegen blos 45 und auf Lothringen 47 Studenten kommen.